



foto: flickr, 999999



Noch ein Einkaufszentrum?

Trotz Anrainerprotesten hat das Land den Bebauungsplan für das Einkaufszentrum ECE des OTTO-Konzerns am Bahnhofgürtel genehmigt. Jobverluste in der Umgebung und der Innenstadt, mehr Verkehrsbelastung und weniger Lebensqualität im Umfeld sind vorprogrammiert. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „Das ECE würde das Leben für die Anrainer zur Hölle machen. Die Verkehrsprobleme beim Eggenberggürtel sind ungelöst.“ Die Umweltverträglichkeitsprüfung könnte das Projekt stoppen. Es ist aber auch möglich, dass OTTO sich zurückzieht – wie derzeit aus Osteuropa.

Provisionen: Die Begierden der Makler

Provisionen, die gar nicht verlangt werden dürften, sind ein Dauerbrenner in der Mietrechtsberatung von Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Bereits vor einigen Jahren war es ein Grazer Immobilienbüro, das vom Obersten Gerichtshof dazu verurteilt wurde, zu Unrecht kassierte Provisionen an die Mieter zurückzuzahlen. Offenbar kann oder will man daraus nichts lernen. Auch diesmal ist es wieder ein Grazer Immobilienmakler, der von seinen künftigen MieterInnen eine Provision verlangte, obwohl er selbst Eigentümer jener Gesellschaft ist, der das Haus gehört, in dem die Wohnung liegt. Laut OGH ein klarer Fall von einem Eigengeschäft, das heißt: Kein Provisionsanspruch des Maklers/Eigentümers.

In Fällen, wo der Makler auch Verwalter der Wohnung ist, gebührt ihm nur dann eine Provision, wenn er „eine über die reine Verwaltungstätigkeit hinausgehende Aktivität“ setzt (z.B. ein Inserat) UND der künftige Mieter eben durch dieses Inserat von der Wohnung erfahren hat. Erfährt man zum Beispiel von Freunden/Bekannteten von einer freistehenden Wohnung, so gebührt dem Verwalter/Makler keine Provision.

Tipp: Wenn Sie eine Provision bezahlen, lassen Sie sich dafür einen Beleg geben, auf dem der Verwendungszweck klar ersichtlich ist. Stellt sich danach heraus, dass gar kein Provisionsanspruch des Maklers bestanden hat, können Sie diese zurückfordern. **Das Büro von Wohnungsstadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 872-2060) oder die städtische Wohnungsinformationsstelle (Tummelplatz 9, Tel. 872 5450) beraten Sie gerne und kostenlos!**

WEITER KRITIK AM „HAUS GRAZ“

Schwarz-Grün: Die dunkle Seite der Macht

ÖVP und Grüne teilen die Posten in den wichtigen Aufsichtsräten der städtischen Unternehmen unter sich auf, Kontrolle wird unmöglich.

Darth Vader, der Oberböse der StarWars Filme, hätte seine Freude mit der schwarz-grünen Stadtregierung. Will man etwas durchziehen, was anderen vielleicht nicht passt, dann holt man Leute seines Vertrauens und schließt die Opposition aus. So lautet die Devise der schwarz-grünen Rathaus-Koalition. Sie hat alle anderen Parteien systematisch aus den Aufsichtsräten wichtiger städtischer Unternehmen entfernt. Damit ist die Macht gesichert.

Und in Graz spricht vieles für die dunkle Seite, der auch Darth Vader so zugetan war. Denn die Taten der ÖVP-Grünen-Regierung versprechen nichts Gutes. So hat man zuletzt den Immobilienexperten Nikolaus Lallitsch in den Aufsichtsrat der Graz AG gehievt. Er folgt dem neuen

Wirtschaftskammer-Chef Ulfried Hainzl.

Das klingt aufs erste nicht schlecht.

Auf den zweiten Blick fragt sich, ob die Ziele von Lallitsch als Raiffeisen-Immobilienchef sich in erster Linie auf das öffentliche Interesse oder wohl eher auf das Verwerten von städtischem Eigentum richten? „Bei einem Manager dieser Art handelt es sich sicher

nicht um einen Verfechter des öffentlichen Eigentums, den wir an dieser Stelle brauchen würden“, meint KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Lallitsch ließ damit aufhören, dass es weniger Bauförderungen für Häuslbauer geben sollte, weil raumplanerisch nur größere Objekte Sinn machen würden – mit denen zufällig die Immobilienbranche sehr gutes Geld verdienen kann.

Die Einkommen der Grazer Manager

Während die schwarz-grüne Stadtregierung an eine noch fürstlichere Belohnung der städtischen Manager denkt – die vorwiegend aus ihrem Gefolge rekrutiert sind –, sagt der Rechnungshof, dass die städtischen Spitzenjobs schon jetzt zu hoch bezahlt sind. Für zwei Drittel der Chefs von städtischen Firmen empfiehlt der Rechnungshof Gehaltskürzungen.

Spitzenverdiener im Dienst der Stadt sind die beiden Chefs der Graz AG (vormals Stadtwerke) mit je rund 16.400 Euro pro Monat. Zum Vergleich: Bürgermeister Siegfried Nagl

verdient 12.650 Euro pro Monat.

Zwischen 10.000 und 13.000 Euro pro Monat bekommen die beiden Ankünder-Bosse Weber und Karner, GVB-Chef Scholz, G. Heigl von der Energie Graz und M. Krainer von den Freizeitbetrieben. Alle diese Betriebe gehören zu den Grazer Stadtwerken.

Auf das Geld schaut die schwarz-grüne Stadtregierung lieber bei den einfachen Beschäftigten: Im Rahmen der Pläne zum „Haus Graz“ sollen 10% der Beschäftigten der Stadt abgebaut und damit 600.000 Euro pro Jahr „eingespart“ werden.